gr 2 G24204

1920.665
NASSAUISCHE LANDESBIBLIOTHEK WIESBADEN

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertaunus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur werktags). **Bezugspreis:** vierteljährl. 4.95 Mk. **ohne** Postbestellgeld. Telefon Nr. 83. — Postscheckkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Limburger Zeitung) Gegr. 1838 (Limburger Tageblatt)

Verantwortlicher Redakteur Hans Anthes. Druck und Verlag der Firma Schlinck'scher Verlag und Buchdruckerei in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die 6gespaltene 3-Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pfg. Die 91 m/m breite Reklamezeile 90 Pfg. Anzeigen-Annahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 1 | **Limburg, Freitag den 2. Januar 1920** | **83. Jahrgang**

Frankreichs deutsche Politik.

Es gibt bekanntlich bei uns Leute, die das deutsch-französische Problem, dessen ausschlaggebende Bedeutung für die

Wiesbaden 13.7.21

Limburger Anzeiger
Limburg

Von dem Jahrgang 1920 fehlen uns die Nummern

3,6,7,8,11,12,18,24,47,60,75,90,130,131, ~~300~~

~~217~~, ~~257~~, ~~280~~ und ~~[illegible]~~. Da der selbe jetzt

gebunden werden soll, bitten wir um baldige Nachlieferung.

Hochachtungsvoll

Nass. Landesbibliothek.

NASSAUISCHE LANDESBIBLIOTHEK WIESBADEN

soweit sie noch vorhanden nachliefern.

der Macht. 1871 hatte Deutschland die Macht, das Elsaß zu nehmen, 1918 hatte Frankreich sie, aber, und damit kommen wir zu der zweiten Unterlassungssünde: nur mit Hilfe der Bundesgenossen. Als diese sich für unzuverlässig erwiesen, wollte man die dauernde Ohnmacht Deutschlands wenigstens durch Erlangung der Rheingrenze garantieren, und als sich es das als unmöglich erwies, ist man dazu übergegangen, das Rheinland-Gebiet durch Abtrennung zu gewinnen. Das alles ist nicht mehr wie logisch. Aber nun zeigt es sich, daß die Politik Frankreichs nicht die erforderliche breite Basis für den Erfolg seiner Haltung geschaffen hat. Es kann Deutschland vergewaltigen, aber nicht seine Kriegsentschädigung von einem vernichteten Gegner bekommen. Es hat die Unterschrift zum Frieden erzwungen, aber gleichzeitig alles getan, um die einzige Regierung, die die Durchführung der Friedensbedingungen sichern konnte, mit allen Mitteln zu schwächen und außer Stand zu setzen, den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Und das alles trotz der unwiderleglichen Tatsache, daß 40 Millionen Franzosen immer gegen 60 Millionen Deutsche stehen werden. Gerade in diesen Tagen vor dem endgültigen Abschluß des Friedensvertrages, drängt sich daher gewaltsam die Frage auf: wann wird endlich in Frankreich der Tag kommen, wo man den nüchternen Tatsachen Rechnung trägt?

Günstige Wendung der Verhandlungen in Paris.

Paris, 31. Dez. (WTB.) Havas. Die Verhandlungen, die in Paris wegen der Uebergabe der letzten die Inkraftsetzung des Friedensvertrages betreffenden Note der Alliierten an Baron von Lersner zwischen den deutschen und alliierten Delegierten im Gange sind, haben soeben zu einer sehr erfreulichen Annäherung in zwei bisher strittigen Punkten geführt. Der Oberste Rat hat gestern morgen die Grundlagen der angenommenen Verständigung gebilligt. Man glaubt zu wissen, daß die Deutschen das Protokoll vom 1. November, betreffend die Nichtausführung gewisser Waffenstillstandsbedingungen und die Lieferung von Material als Ersatz für die bei Skapa Flow vernichteten Schiffe unterzeichnen werden, so wie es jetzt vorliegt. Anläßlich der Uebergabe der Note hat Dutasta Herrn von Lersner erklärt, die Alliierten wären gewillt, ihre Forderungen bis zu Dreiviertel dessen zu ermäßigen, was sie schriftlich verlangt haben, ja sogar darüber hinaus. Die Deutschen verlangten und die Alliierten werden diesem Verlangen entsprechen, daß dieses mündliche Versprechen in einem Schriftstück aufgenommen werde, das gleichzeitig mit den Ratifikationsurkunden ausgewechselt würde. Es ist anzunehmen, daß so ein vollziehes Einvernehmen erzielt werden wird. Die Zeremonie der Protokollunterzeichnung und des Austausches der Ratifikationsurkunden werde am 6. oder 7. Januar stattfinden, so daß nach der Wiederherstellung des Friedenszustandes die französischen diplomatischen Vertreter ihre Posten in Deutschland antreten könnten.

Vor dem Austausch der Ratifikationsurkunden

Paris, 31. Dez. (WTB.) Dutasta hatte am Dienstag abend eine weitere Unterredung mit Freiherrn von Lersner über die Inkraftsetzung des Friedensvertrages von Versailles. Die Uebereinstimmung ist nun eine vollständige, ausgenommen ein nebensächlicher Punkt, der die Grundlagen für die Schätzung des Schiffsmaterials betrifft. Falls nicht Unvorhergesehenes eintritt, wird die Zeremonie des Austausches der Ratifikationsurkunden am 6. Januar, 4 Uhr 30 Minuten nachmittags im Ministerium des Aeußeren stattfinden. Sofort nach Unterzeichnung des Protokolls werden die Alliierten die Lieferung des Materials entgegennehmen, das unverzüglich abzutreten die Deutschen sich bereit erklärten, das heißt 192 000 Tonnen plus 50 000 Tonnen. Im Uebrigen wird das Material gemäß der an Ort und Stelle gemachten Feststellungen in Danzig, Hamburg und Bremen von der Alliierten Expertenkommission verlangt werden.

Die deutschen Sparkassen im Oktober.

Wie die „Sparkasse", das Amtsblatt des deutschen Sparkassenverbandes, berichtet, hat das Ergebnis des Oktober den Erwartungen nicht entsprochen. Die Zunahme der Spar- [illegible] 00 Millionen Mark gegen 300 bezw. [illegible] der beiden Vorjahre. Der Ge- [illegible] beginn beträgt nunmehr 5300 Mill. [illegible] 3010 Millionen in der gleichen [illegible]te. Dabei sind wie in den beiden [illegible]gen wegen der Zeichnungen auf die [illegible]rücksichtigt. Die Zahl der Einzah- [illegible]der zurückgegangen. Sie betrug nur [illegible]parleiher gegen 11 im Oktober v. J. [illegible]schnittsbetrag des einzelnen Einzah- [illegible] Mark gestiegen und hat damit einen [illegible]riedenszeiten pflegte er 100 bis 200 [illegible]ebrigens bestehen die Ungleichheiten [illegible] Sparkassen fort. In Großberlin [illegible]er Zuwachs über, in Westdeutschland [illegible]rchschnitt.

[illegible]emokratische Warnung [illegible] Streikverhetzung.

[illegible]. Zu den Tarifverhandlungen im [illegible]rd dem „Vorwärts" vom Deutschen [illegible]eben: Im Lande sind unverantwort- [illegible]dener am Werke. Es wird vielfach [illegible]rtschaftliche Bewegung auf politische [illegible] Wir warnen unsere Kollegen, den [illegible]ge wanderantwortlicher Personen zu

Wiedereinführung der Goldzölle.

Berlin, 30. Dez. (WTB.) In zwei Noten vom 22. und 23. Dezember d. Js. hat der Oberste Rat in Paris der sofortigen Erhebung von Goldzöllen in Deutschland zugestimmt. Deutschland ist ermächtigt, ein Aufgeld in der Höhe zu erheben, als die jeweilige Entwertung der Reichsmark gegenüber dem Dollar beträgt. Hierbei müssen die Vorkriegsgoldsätze zur Anwendung kommen. Nach Errichtung der Wiedergutmachungskommission ist das Aufgeld im Benehmen mit ihr festzusetzen. Die Ermächtigung gilt zunächst für drei Monate. Inzwischen sind Verhandlungen mit den Alliierten über die deutschen Ein- und Ausfuhrverbote zu führen. Falls eine Einigung hierüber binnen drei Monaten nicht erzielt ist, wird die ganze Frage von neuem geprüft. Das Gesetz über die Zahlung der Zölle in Gold, das vorübergehend außer Anwendung war, wird mit dem 1. Januar 1920 wieder in Kraft gesetzt.

Berlin, 31. Dez. Die nunmehr erreichte Sanktion der deutschen Valutazölle durch die Alliierten ist, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt, ein großer, mit Ausdauer erkämpfter Erfolg der Regierung zur Schließung des „Loches im Westen". Die Zustimmung zu den deutschen Valutazöllen stellt das erste Zeichen des Einvernehmens dar, das aus dem feindlichen Lager herüberwinkt.

Widerstand gegen die Verteuerung der Lebensmittel.

Nürnberg, 30. Dez. Der Stadtrat von Nürnberg hat beschlossen, angesichts der riesigen Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel durch die neuerdings eingeführten Abtiefungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln und insbesondere im Hinblick auf ihre katastrophale Wirkung auf die Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten energisch Einspruch gegen diese Maßnahmen zu erheben und von der Reichsregierung zu verlangen, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln an die Beschlagnahme der Mehl- und Kartoffelvorräte auf dem Lande herangegangen werde.

Die Abstimmungskomödie in Eupen und Malmedy.

Eupen und Malmedy sollen bekanntlich an Belgien fallen. Allerdings sollen nach Uebernahme der Verwaltung durch Belgien die mindestens 20 Jahre alten Männer und Frauen, die dort wohnen, berechtigt sein, durch öffentliche Namensunterschrift zu erklären, daß sie bei Deutschland bleiben wollen. Das soll dann als „Selbstbestimmungsrecht" der dortigen Bevölkerung gelten. Wenn übrigens (was freilich völlig ausgeschlossen ist) sich wirklich die Mehrheit der Bevölkerung allen Mißhandlungen seitens der belgischen Machthaber auszusetzen bereit wäre und sich öffentlich für Deutschland entschiede, würde das Land nicht einmal an Deutschland zurückfallen. Vielmehr hätte dann der Völkerbund darüber zu entscheiden, ob es nicht trotzdem bei Belgien bleiben soll. Die deutsche Regierung hat am Dienstag in einer neuen Note die Entente gebeten, eine mit der Ueberwachung der Abstimmung beauftragte Kommission des Völkerbundes einzusetzen und die Beschwerden gegen das terroristische Verhalten der belgischen Behörden in Eupen und Malmedy abzustellen.

Die Rechte der Polen im Ruhrgebiet.

Berlin, 31. Dez. Die Gleichberechtigung nationaler Minderheiten wird durch eine Neuordnung bestätigt, nach der, wie verschiedene Blätter berichten, für die Polen des gesamten rheinisch-westfälischen Industriegebiets ein polnisches Konsulat in Essen errichtet worden ist. Im Uebrigen hat der Bischof von Paderborn die Ermächtigung erteilt, daß polnischen Kindern besonderer polnischer Kommunionunterricht erteilt werden darauf, vorausgesetzt aber, daß sie vorher am allgemeinen deutschen Religionsunterricht teilgenommen haben.

Die Feststellung des deutschen Hafenmaterials.

Berlin, 31. Dez. Die von dem englischen Marineamt zusammengestellte, interalliierte Sonderkommission zur Besichtigung des Hafenmaterials in Hamburg wird dort heute erwartet. Die Hamburger Behörden werden nicht mit ihr in Verbindung treten. Bei den Nachprüfungen der Angaben der deutschen Regierung wird ein Mitglied der Hafendeputation zugegen sein, das bereits als Sachverständiger bei den Beratungen in Versailles mitgewirkt hat.

Verbot kommunistischer Veröffentlichungen im besetzten Gebiet.

Mainz, 31. Dez. Der Oberbefehlshaber der Alliiertenarmee hat im Einverständnis mit dem Präsidenten des französischen Ministerrates die Einfuhr und den Vertrieb kommunistischer und bolschewistischer Zeitungen, Bücher oder Flugschriften in jeder Sprache im besetzten Gebiet verboten.

Deutschlands Menschenverluste im Weltkrieg.

Zum ersten Mal sind offizielle Zahlen über die während des Krieges gestorbenen Militärpersonen veröffentlicht worden. Die Angaben finden sich in der kürzlich erschienenen Sonderbeilage in den „Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamts" 1919 Nr. 49, beschränken sich aber vorerst auf die Jahre 1914, 1915 und 1916. Für das Deutsche Reich im ganzen (ausschließlich der beiden Mecklenburg und Elsaß-Lothringen) sind für das Jahr 1914 193 201, für 1915 390 669 und für 1916 311 160, zusammen also 895 030 gestorbene Militärpersonen bis jetzt standesamtlich eingetragen worden. Da noch fortgesetzt Meldungen von Sterbefällen aus diesen Jahren einlaufen, so erhöhen sich die Zahlen noch. Nimmt man für die Jahre 1917 und 1918 schätzungsweise noch je 300 000 Gestorbene hinzu, so kommt man zu einem Gesamtverlust von mindestens 1½ Millionen. Dabei sind die Vermißten (nach Schätzung 200000) und ein beträchtlicher Teil der in Gefangenschaft Gestorbenen nicht mitgezählt. (Der Krieg 1870/71 forderte 43 182 Tote.) Von den 895 030 in den drei ersten Kriegsjahren Gestorbenen sind 829 361 oder 92,7 Prozent vor dem Feind gefallen, an Verwundungen gestorben oder verunglückt und nur 65 669 oder 7,3 Prozent sind Krankheiten erlegen. Diese verteilen sich auf: Typhus 7751, Rose 324, andere Wundinfektionskrankheiten 6007, Lungentuberkulose 5248, Lungenentzündung 5891, Pocken 6, Fleckfieber 448, Ruhr 2516, Genickstarre 721, Venerische Krankheiten 66, Ausatz 47, Asiatische Cholera 1505, Krankheiten der Atmungsorgane 1505, Malaria 94, Krankheiten der Kreislauforgane 3641, Gehirnschlag 472, andere Krankheiten des Nervensystems 2006, Krankheiten der Verdauungsorgane 4035, Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane 1631 und Selbstmord 2582. An anderen benannten Krankheiten sind 4498 Militärpersonen gestorben und bei 14 685 konnte die Todesursache nicht ermittelt werden. Sehr bemerkenswert ist, daß in den drei ersten Jahren des Weltkrieges die Zahl der an Krankheiten Gestorbenen (7,3 v. H.) sehr gering ist, während im Krieg 1870/71 von 43 182 Toten 14 904 oder 34,5 Prozent an Krankheiten starben. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß man es in der Neuzeit verstand, dem Ausbruch von Seuchen durch Schutzimpfung vorzubeugen und solche nach dem Ausbruch mit Erfolg zu bekämpfen.

Wieder friedlich an einem Tisch.

Berlin, 31. Dez. Vor der Abreise des deutschen Kardinals Bertram aus Rom fand ein vom Kardinalstaatssekretär Gasparri veranstaltetes Festessen statt, an dem das gesamte beim Vatikan akkreditierte diplomatische Korps teilnahm. Es dürfte dies das erste amtliche Diner seit Beginn des Krieges gewesen sein, an dem die Vertreter der bisher feindlichen Staaten gemeinsam teilgenommen haben.

Eine deutsch-nationale Einheitspartei in Oesterreich.

Berlin, 31. Dez. Wie der „Berliner Lokalanzeiger" aus Wien erfährt, haben die verschiedenen deutsch-nationalen Parteien Oesterreichs gestern die Gründung einer deutschnationalen Einheitspartei beschlossen, die den Titel „Deutschnationale Einheitspartei" führen soll. Das Programm der neugegründeten Partei verlangt u. a. den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland und Ablehnung eines eventuellen Wiedereinsetzung der Habsburger.

Clemenceau, der Abgott der Franzosen.

Paris 30. Dez. (WTB.) Havas. „Echo de Paris" sagt, daß man in politischen Kreisen immer mehr der Meinung sei, Clemenceau werde einziger Präsidentschaftskandidat der Republik sein.

Die belgisch-französischen Wirtschaftsgegensätze.

Paris, 31. Dez. (WTB.) Der französische Wirtschaftsminister Loucheur wird sich im Laufe der kommenden Woche nach Brüssel begeben, um sich mit dem belgischen Minister für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Lage zu unterhalten, die durch das Verbot der französischen Regierung geschaffen wurde, Belgien Eisenerze zu liefern, als Gegenmaßnahme gegen die schlechten Kohlenlieferungen Belgiens.

Der Aufruhr in Irland.

Dublin, 31. Dez. Gestern morgen wurde ein Angriff auf die Wohnung des Vizekönigs gemacht. Ein Offizier der Wache wurde getötet, ebenso einer der zwölf Angreifer. Vier Personen, die der Teilnahme an dem Angriff verdächtig sind, wurden verhaftet.